

1.

Die Vorgeschichte des französischen Widerstandskampfes

Die Volksfront und ihr Ende

Um die Geschichte der französischen Widerstandsbewegung zu verstehen, ist es notwendig, die französische Innenpolitik und die internationalen Rahmenbedingungen zu betrachten. Diese sind in vielfältiger Form beeinflusst durch das deutsch-französische Verhältnis seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und den Umgang mit dem deutschen Faschismus.

Ende der 1920er Jahre hatten sich – ausgehend von dem politischen Ausgleich in Gefolge des Vertrages von Locarno – die deutsch-französischen Beziehungen normalisiert. Zwar gab es im ideologischen Repertoire der Rechtskräfte in Deutschland und Frankreich weiterhin die Parole der »Erbfeindschaft«, aber im alltäglichen Kontakt entspannte sich dieses Verhältnis. Durch die Machtübertragung an den deutschen Faschismus und dessen offener Ankündigung, den Versailler Vertrag und alle Folgevereinbarungen in Frage zu stellen, war auch die französische Außenpolitik herausgefordert. Zudem wurde man direkt mit den Folgen der faschistischen Verfolgung politischer Gegner und anderer nicht zur »Volksgemeinschaft« Gezählter konfrontiert. Über die französische Grenze flüchteten schon seit Anfang 1933 zahlreiche deutsche politische Flüchtlinge und rassistisch Verfolgte, die jedoch in Frankreich keine Aufenthaltsrechte besaßen. Diese Emigranten lebten dort unter Ausländerrecht. Sie mussten sich in regelmäßigen Abständen bei der Fremdenpolizei melden, um einen Stempel für eine be-

fristete Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, und besaßen zumeist keine Arbeitserlaubnis. Unterstützung erhielten diese Menschen entweder von Landsleuten, die bereits legal in Frankreich lebten, oder von politischen und religiösen Netzwerken, die ihnen ein Überleben sicherten.

Außenpolitisch war die französische Regierung zunehmend gefordert, auf die öffentlich sichtbaren Schritte der deutschen Regierung zum Bruch des Versailler Vertrages zu reagieren. Insbesondere die Maßnahmen der militärischen Aufrüstung erwiesen sich als Bedrohung für Frankreich. Damit waren nicht nur die Wiedereinführung der Wehrpflicht und der Aufbau neuer militärischer Einheiten gemeint – Frankreich sah sich immer noch deutlich besser gerüstet –, sondern bald auch die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands und damit die Stationierung deutscher Truppen unmittelbar an der französischen Grenze.

In der französischen Innenpolitik ergab sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der außenpolitischen Entwicklung – eine Verschiebung von einer anfangs zurückhaltenden Politik zu einer kritischen Positionierung gegenüber der NS-Herrschaft. Dies hatte auch damit zu tun, dass die französischen Faschisten des »Croix de Feu« (»Feuerkreuzler«) und der »Action Française« sich durch die Entwicklungen in Italien und in Deutschland motiviert sahen, selber ihren Machtanspruch zu erheben.

Am 6. Februar 1934 versuchten die militanten Kräfte der extremen Rechten mit einer gewalttätigen Massendemonstration und einem Angriff auf das Parlament die Republik zu stürzen. Etwa 30.000 Mitglieder faschistischer »Ligen« und von Veteranenverbänden, darunter zwanzig Gemeinderatsmitglieder, marschierten vor dem Palais Bourbon, wo das Parlament tagte, auf. Am frühen Abend begann eine Straßenschlacht, bei der Demonstranten versuchten, die Polizeikette auf dem Pont de la Concorde zu durchbrechen und das Parlament zu stürmen. Die Straßenschlacht dauerte etwa bis Mitternacht, wobei

die Polizei Schusswaffen einsetzte. Die blutige Bilanz: über 15 Tote und gut 2.000 Verletzte.

Obwohl ihm im Abgeordnetenhaus noch das Vertrauen ausgesprochen worden war, trat der damalige Premierminister Édouard Daladier mit seiner Regierung am folgenden Tag zurück.

Staatspräsident Albert Lebrun nahm dies zum Anlass, eine Regierung zu berufen, die Frankreich nach rechts öffnen sollte (»Union nationale«). Auch wenn der faschistische Putsch im ersten Schritt durch die Polizei gebremst worden war, bestand die Gefahr einer politischen Rechtsentwicklung. Zudem war bei der Aktion deutlich geworden, wie viele Vertreter des Militärs und des Polizeiapparates sich auf der Seite der Aufständischen befanden.

Die bürgerlichen Parteien und weitere Teile der gesellschaftlichen Eliten reagierten auf den Machtanspruch der Faschisten mit ihrer eigenen Rechtsentwicklung. Anders die Kommunistische Partei Frankreichs (Parti Communiste Français, im Folgenden abgekürzt als PCF; anders als im Deutschen mit männlichem Artikel), die in den folgenden Tagen mit einer Massendemonstration am 9. Februar und dem Aufruf zum Generalstreik den politischen Widerstand zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten eröffnete. Trotz der auch in Frankreich vorhandenen politischen Spaltung zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Parteien und anderen Organisationen kam es am 12. Februar zu einem 24-stündigen Generalstreik, der von allen Gewerkschaften und linken politischen Organisationen getragen wurde. Die Bereitschaft innerhalb der arbeitenden Bevölkerung zur antifaschistischen Einheit führte dazu, dass sich die getrennten politischen Demonstrationzüge der linken Parteien zu einer Massenkundgebung mit 150.000 Teilnehmenden vereinigten, auf der die Losung »Einheit! Einheit!« erklang. Erleichtert wurde dieses Zusammengehen, da die sozialistische SFIO, die zuvor die Daladier-Regierung mitgetragen hatte, von Lebrun bei der neuen Regierungsbildung bewusst ausgeschlossen worden war. Nun gab es

keine Notwendigkeit der »Rücksichtnahme« mehr. So wurde – anders als in Deutschland im Januar 1933 – deutlich, dass die geeinte Arbeiterbewegung einem rechten Vormarsch erfolgreich entgegentreten konnte.

Ein weiterer Schritt dieser neu gewonnenen Einheit war die Bereitschaft der seit Jahren politisch gespaltenen Arbeiterparteien, sich grundsätzlich auf eine politische Zusammenarbeit einzulassen. Am 27. Juli 1934 unterzeichneten französische Kommunisten und Sozialisten einen Pakt der Aktionseinheit. Mit Blick auf die kommenden Parlamentswahlen schlossen sie ein Wahlbündnis, dem sich auch die linksliberalen »Radicaux« anschlossen. Genannt wurde das Bündnis »Sammlung des Volkes (Rassemblement populaire) für Brot, Frieden und Freiheit«. Im Alltag sprach man einfach nur vom »Front populaire«, von der Volksfront.

Einfluss auf diese Entscheidung hatten nicht allein innenpolitische Ereignisse, sondern auch die Debatten auf internationaler Ebene. Georgi Dimitroff hatte seit Ende 1933 in den Leitungsgremien der Kommunistischen Internationale (KI), als deren Sektion sich der PCF verstand, eine politische Neuorientierung angestoßen. In seinem Referat auf dem VII. Weltkongress der KI 1935 betonte er als zentrale Aufgabe die »Herstellung der Einheitskampffront der Arbeiterklasse« mit dem Ziel, deren unmittelbare wirtschaftliche und politische Interessen und die bürgerlich-demokratischen Freiheiten zu verteidigen sowie den Kampf gegen die faschistische Offensive und die Gefahr eines imperialistischen Krieges zu führen. Grundlegend für eine solche Einheitsfront-Strategie war eine Revision des Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Man verabschiedete sich endgültig vom Begriff des »Sozialfaschismus« und strebte ein gleichberechtigtes Miteinander auf allen Ebenen an.

Diese Einheitsfront der Arbeiterklasse sollte den Nukleus bilden für ein umfassenderes antifaschistisches Bündnis, für die antifaschistische Volksfront, für die auch jene »im Widerspruch

zum Faschismus stehende(n) bzw. geratende(n) bäuerliche(n), kleinbürgerliche(n), intellektuelle(n), christliche(n), bürgerlich-demokratische(n) Bevölkerungsgruppen« gewonnen werden müssten. Dimitroff betonte, dass die KI hier besonders auf die französischen Erfahrungen Bezug nehme.

Doch auch in Frankreich war die Zusammenarbeit nicht unproblematisch. Es dauerte ein gutes Jahr, bevor am 14. Juli 1935, dem französischen Nationalfeiertag, die Volksfront eine feste Form annahm. 10.000 Delegierte aus 69 Organisationen der Arbeiterbewegung, aber auch linksbürgerlicher Kräfte kamen in Paris zu einem Volksfront-Kongress zur Verteidigung der Republik zusammen. Den Schlusspunkt setzte eine Demonstration mit mindestens 500.000 Menschen, an der auch Daladier teilnahm. In den folgenden Monaten nahm die Bewegung für eine Volksfront in Frankreich deutlich Fahrt auf. Bürgerliche Kräfte sahen in der deutschen Besetzung des »entmilitarisierten Rheinlands« und dem italienischen Vormarsch in Abessinien eine Gefahr für französische Interessen. Die Regierung Laval verlor ihre Mehrheit im Parlament, während sich im Januar 1936 die linken Parteien auf ein Volksfront-Programm verständigten.

Ein wichtiges Fundament dieser Zusammenarbeit war die Wiedervereinigung der beiden größten Gewerkschaftsbewegungen, der CGT (sozialdemokratisch orientiert) und der CGT-U (kommunistisch orientiert). Nach fünfzehnjähriger Spaltung vereinigten sie sich 1936 zur »Confédération Générale du Travail« (CGT) und zur einflussreichsten Massenorganisation.

Da in Frankreich das Mehrheitswahl-Prinzip besteht, war die Verständigung zwischen den Parteien eine wesentliche Voraussetzung zur Eroberung von Wahlkreisen. Es gab auf der Linken die Absprache, dass im zweiten Wahlgang der jeweils Bestplatzierte als gemeinsamer Kandidat unterstützt werde. Damit konnte die Linke deutlich mehr Mandate erreichen als in allen vorherigen Wahlgängen.